

Ressort: Politik

## Bundesregierung dringt auf milde Auflagen für Hilfskredite an Kiew

Berlin, 13.02.2015, 18:00 Uhr

**GDN** - Die Bundesregierung dringt auf milde Auflagen für die rund 40 Milliarden Euro an Finanzhilfen für die Ukraine, um eine innenpolitische Destabilisierung des Landes zu verhindern. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe ihren wirtschaftspolitischen Berater Lars-Hendrik Röller beauftragt, in diesem Sinne beim Internationalen Währungsfonds zu werben, berichtet der "Spiegel".

Als Teil des von IWF und anderen Gebern finanzierten Hilfsprogramms sind offenbar "extrem harte Auflagen" geplant, heißt es dem Nachrichtenmagazin zufolge in Berliner Regierungskreisen. Dazu zählten unter anderem die Erhöhung des Gaspreises für Privatverbraucher in der Ukraine und eine Rentenreform. Beides soll helfen, den ukrainischen Staatshaushalt zu sanieren. In Berlin wird befürchtet, zu harte Auflagen könnten den Rückhalt für die ukrainische Führung in der Bevölkerung rasch schwinden lassen.

### Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-49705/bundesregierung-dringt-auf-milde-auflagen-fuer-hilfskredite-an-kiew.html>

### Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

### Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

### Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD  
483 Green Lanes  
UK, London N13NV 4BS  
contact (at) unitedpressagency.com  
Official Federal Reg. No. 7442619